

Bezugspreis:
Bieteljährlich
für Diez 4.50 M.
Bei den Postanstalten
(anschl. Bestellgeld)
4.50 M.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen
Die einspaltige Kleinzeile
oder deren Raum 30 M.
Reklamazeile 90 M.

Ausgabestelle:
Diez, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Heim.

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr 21

Diez, Freitag, den 30. Januar 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Die Eisenbahnwerkstätten.

Mz Berlin, 29. Jan. Bis hier haben sich zur Einstell-
ung in den Eisenbahnwerkstätten unter den neuen Beding-
ungen gemeldet: Bei der Werkstätte Berlin 1 über 2000,
Berlin II über 800, Frankfurt a. M. 2000, Nied 150,
Breslau II 1153, Breslau IV 203, Sebaldebrück 450, Star-
gard 388, Salze 350, darunter 100 Arbeiter, die bisher
nicht bei der Eisenbahn beschäftigt waren. Aus den anderen
Bezirken liegen noch keine Nachrichten vor.

Poincaré — Mitterand Nachfolger in Straßburg?

Mz Berlin, 30. Jan. Wie das Berl. Tagebl. erfährt,
haben politische Persönlichkeiten in Paris vorgeschlagen,
anstelle von Poincaré Mitterand zum Kommissar für Eläs-
s-Verhandlungen zu ernennen.

Das B. finden Erzberger.

Mz Berlin, 29. Jan. Professor Blech erklärte heute
nachmittag bei einem Besuch beim Reichsfinanzminister:
Der Krankeverlauf ist als absolut normal zu bezeichnen.
Temperatur 36,4. Puls 88. Körperfunktionen tadellos.
Die Kräfte haben sich gehoben. Es besteht die Hoffnung, daß der
Minister seine Tätigkeit baldigst wieder aufnehmen kann.

Die Kaiserfrage.

Gegen die Auslieferung des Kaisers.
Die Mitteilung bei einer Auslieferung des früheren Kaisers
kann und wird für keine Regierung in Deutschland in
Frage kommen. Damit müssen sich unsere früheren Feinde
abfinden. Jede Regierung, die gegenüber einer solchen Vor-
setzung entgegenkommen zeigen wollte, würde zerbrechen.
Das ist sicher. Fest steht ferner, daß Deutschland im Nie-
derschlag keine Verpflichtungen in Bezug auf eine Aus-
lieferung des Kaisers auferlegt sind. Der letzte Absatz des
Artikels 227 bestimmt nur: „Die alliierten und assoziierten
Mächte werden an die Regierung der Niederlande das Ge-
suchen richten, den vormaligen Kaiser um Zweck seiner
Verurteilung auszuliefern.“ Das Recht zur Erhebung dieser
Forderung aber können die früheren Feinde auch nicht
auf den Friedensvertrag selbst stützen; sie könnten es höch-
stens ableiten aus einem Auslieferungsvertrag zwischen
Deutschland und einem der Entente-Staaten. — In der „Völke-
schau“ Reichstagsabg. Dr. Abt: „Kein Deutscher darf
einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung
überliefert werden.“ Diesen klaren und selbstverständlichen
Grundsatz staatlicher und völkerrechtlicher Selbstschut-
zung hat die neue deutsche Reichsregierung in Artikel 112
Absatz 3 niedergelegt. Freilich wird dieser Satz eines freien
Bewusstseins gebrochen durch die Übergangsbestimmung
des Artikels 178 Absatz 2 Satz 2 derselben Verfassung, die
sich unter dem furchtbaren Druck der unerbittlichen Tatsa-
chen zu dem entwürdigenden Zugeständnis hat beugen
müssen, daß die Bestimmungen des am 23. Juni 1919 zu
Versailles unterzeichneten Friedensvertrages durch die Ver-
fassung nicht berührt werden. Wenn irgendeine Erwägung
für die endgültige Entscheidung der Gegner der Annahme
des Friedensvertrages ausschlaggebend gewesen ist, so war es
die, daß die Eingehung der Verpflichtung zur Auslieferung
des letzten deutschen Kaisers und zahlreicher anderer Deut-
scher an unsere Feinde zur strafgerichtlichen Aburteilung
und die Schandurteile ins Gesicht stießen.“

Frankreich und das Völkrecht. Bei einer Be-
sprechung über die Auslieferung des deutschen Kaisers er-
innert der Schriftsteller Lucien Descaves in der L'Europe
daran, wie man einst in Frankreich das Völkrecht hoch-
gehalten habe. Nach seiner Ansicht hat Holland recht, diesen
Grundsatz zu wahren. Auf diesem Gebiet dürfte es sich
jedoch nicht handeln. Descaves erinnert daran, mit welcher
Entschiedenheit Väter des jetzt lebenden französischen Ge-
schlechts den Vorteil dieses Völkrechts zugunsten der Ver-
bundenen von 1871 verlangt hätten. Sie seien besiegelt worden,
jedoch hätten sie mit erhobenem Haupt und mit reinen
Händen ihr Vaterland verlassen, Zerstörung suchend in Eng-
land, in Amerika, in Belgien und in der Schweiz. Sofort
habe Jules Favre die Frage ihrer Auslieferung gestellt. Sie
sei im Rahmen der Menschenrechte von den genannten Län-
dern verweigert worden.

Mahnung aus dem Vatikan. Oberste
Romano, das Sprachrohr des Vatikans, schreibt, daß die
Auslieferung des früheren deutschen Kaisers und der Prozeß
gegen ihn im Lichte elementarer moderner Strafrechts-
wissenschaft angesehen eine Ungeheuerlichkeit wäre. Wesent-
lich hätte sich die italienische Regierung an der Stellung
dieses Antrages nicht beteiligt. Wenn der Antrag bei Frank-
reich und England bis zu einem gewissen Punkte verständ-
lich wäre, so würde die Beteiligung Italiens hieran völlig
unverständlich sein. Eine Notwendigkeit zur Beteiligung
an einem solchen Entschluß sei durch die Unterzeichnung des
Friedensvertrages nicht gegeben, wie die Haltung Japans
bezeuge. Ein Schiedsgericht des Völkerbundes würde eine
Anfrage Hollands, ob es zur Auslieferung verpflichtet sei,
höflich mit nein beantworten. Am besten würde die An-
gelegenheit überhaupt nicht mehr erörtert, da der Prozeß
gegen den Kaiser und andere deutsche Persönlichkeiten nur den
internationalen Dächern sowie die Gefahr einer militärisch-
bolsewistischen Revolution in Deutschland verstärken könnte.

Der Völkerbund.

Die Adriafrage. Der den Jugoslawen unter-
breitete Plan, der die Unabhängigkeit Rumens unter Garan-
tie des Völkerbundes vorsieht, trägt im englischen Lekt
keinerlei Unterschriften. Italien, das das Hauptinteresse an
diesem Vertrag haben muß, ist dieser Vertrag vor der Über-
gabe an die jugoslawische Regierung nicht vorgelegt worden.

Dadurch scheinen sich für die nächste Zeit neue Schwierig-
keiten zu ergeben. — Das Pariser Journal veröffentlicht
eine aus Belgrad kommende Depesche, nach welcher dazu
ermächtigte politische Kreise versichern, daß Jugoslawien
das Ultimatum negativ beantwortet hat.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Triumphzug der „Dresden“-Deute in
Chile. Der Deutschen Presse in Santiago zufolge gestaltete
sich der Abschied der vor kurzem in Deutschland eingetrof-
fenen „Dresden“-Deute zu einem einzigen Triumphzuge. Von
Tacacahuan bis zur Grenze war der mit grünen Reisern
geschmückte Zug Gegenstand lebhafter Huldigungen und Be-
grüßungen der Deutschen und Chilenen. Wo der Zug mit
dem großen Schild „Bida Chile“ erschien, war die Freude
und der Jubel gleich groß. Zahlreiche Chilenen beteiligten
sich an der offiziellen Abschiedsfeier.

Sibirien. Das englische Auswärtige Amt gibt be-
kannt, daß der Oberste Rat in Paris sich für die Rettung
der Kriegsgefangenen in Sibirien und ihre möglichst bal-
dige Heimkehr einsetzen wird.

Die Beamtenbesoldung.

Ueber den Entwurf der neuen Reichs-Besoldungs-
ordnung, der im wesentlichen fertiggestellt sein soll, gehen Mit-
teilungen durch die Blätter. Da der Entwurf noch nicht
amtlich bekanntgegeben ist, kann es sich nur um un-
verbindliche Angaben handeln, bei denen nicht feststeht, ob sie
in allen Einzelheiten zutreffen bzw. inwieweit die Gehalts-
sätze als endgültige Vorschläge der Reichsregierung anzu-
sehen sind. Nur unter diesem Vorbehalt geben wir unseren
Lesern Kenntnis von den folgenden Mitteilungen.

Die neue Besoldungsordnung für die Beamten im Reich
und in Preußen, deren Vorarbeiten abgeschlossen sind, sieht,
wie schon früher gemeldet, zwölf Besoldungsgruppen vor.
Diese Gruppen sind, wie folgt, eingeteilt: 1. Beamte mit
einfachen Dienstverrichtungen ohne besondere Vorbildung,
z. B. Bahnhofsbeamte, Wächter, Ladebeamte; 2. Beamte
mit gewisser Vorbildung oder verantwortungsvollem Dienst,
z. B. Betriebsbeamte, wie Schaffner, Weichensteller, Brief-
träger, Kassenboten; 3. Beamte mit besonderer Vorbildung,
mit handwerksmäßiger oder gleichwertiger Fachausbildung
oder in besonderer Vertrauensstellung, z. B. Drucker, Trieb-
wagenführer, Abfertigungsbeamte für einfache Dienstver-
hältnisse, Küster, Aufseher, Kassellane; 4. Aufstellungsstellen
für die Gruppen 1 bis 3 und Anfangsstellen für den mitt-
leren Dienst, z. B. Telegraphisten, Wagenmeister, Lokomotiv-
und Zugführer, Rangieren, Vollstreckungsbeamte; 5. Assi-
stenten; 6. Sekretäre (hierzu gehören auch Rektoren, Elemen-
tarlehrer, Zahlmeister); 7. Obersekretäre; 8. Betriebsauf-
sichtsbeamte, Oberbahnhofsverwalter, Betriebsingenieure,
Oberpostverwalter; 9. Aufstellungsstellen für die Gruppen
4 bis 8 und Anfangsstellen für höheren Dienst (Hauptkassen-
verwalter, Verkehrsinspektoren, Geheimexpeditionen, Sek-
retäre, Postdirektoren); 10. Regierungsräte (Oberlehrer,
Regierungsbaumeister, Post- und Finanzräte, Pfarrer, Stu-
dienräte, ständige Hilfsarbeiter); 11. Oberregierungsräte
(Regierungsräte mit Stellenzulagen, Oberpostdirektoren);
12. Ministerialräte (darunter Oberpostdirektoren).

Die Dienstklasseneinteilung wird wesentlich ver-
einfacht und enthält Landstädte, mittlere Städte in zwei
Gruppen, Großstädte in zwei Gruppen. Die Städte in den
Industriebezirken gehören durchweg zu den höheren Gruppen.
Dem Schwäbischen Merkur entnehmen wir noch folgende
Einzelforderungen, die vom Reichsfinanzministerium in Vor-
schlag gebracht werden sollen:

Das Grundgehalt soll danach in der Weise geregelt
werden, daß das Anfangsgehalt zwei Drittel des Höchst-
gehalts beträgt. Dienstaltersstufen sind von 2 zu 2 Jahren
(statt bisher 3 Jahre) vorzusehen. Die Aufstiegsstufen
betragen: in Gruppe 1—6 18 Jahre, in Gruppe 7 16
Jahre, in Gruppe 8—10 14 Jahre, in Gruppe 11 12
Jahre, in Gruppe 12 8 Jahre. An Gesamtbezügen der Be-
amten ist 1. April vorgezogen:

Gruppe	Grund- gehalt	Dienst- zulage	5 % Zusatz- zulage	Insgesamt
1	3000—4500	2000	2500—3250	7500—9750
2	3300—5000	2000	2650—3500	7950—10500
3	3600—5500	2000	2800—3750	8400—11250
4	4200—6000	3000	3600—4650	10800—13950
5	4800—7200	3000	3900—5000	11700—15300
6	5400—8100	3000	4200—5550	12600—16650
7	6000—9000	3000	4500—6000	13500—18000
8	6600—9500	3000	4650—6250	13950—18750
9	7000—10500	4000	5500—7250	16500—21750
10	8000—12000	4000	6000—8000	18000—24000
11	9000—14000	4000	6750—9000	20250—27000
12	12000—18000	4000	8000—11000	24000—33000

Es wird berechnet, daß durch diese Vorlage für die un-
teren Beamten eine Aufbesserung um 180 bis 200, für die
mittleren Beamten um 160 bis 200, für die höheren Beamten
um 100 bis 70 Prozent (bei Berücksichtigung der Anfangs- und
Endgehälter) eintritt. Das Steuerprivileg der Beamten
soll fortfallen. Die Höhe der Steuerzuschläge soll in
kürzeren periodischen Intervallen durch das Parlament fest-
gelegt werden. An die Besoldungsreform soll sich eine Neu-
regelung der Dienstreiseordnung, sowie der Reise- und Umzugs-
kosten anschließen. Die Besoldungsordnungen der Länder
sollen denen des Reichs unmittelbar angepaßt werden.

Deutschland.

Das Befinden Erzbergers. Bei der ärzt-
lichen Untersuchung der Verletzungen Erzbergers wurden,
wie der Berliner Lokalanzeiger erfährt, auch noch bisher un-
bekannte gebliebene Einzelheiten über die beiden anderen
Schüsse festgestellt. Während die erste Kugel des Attentäters
bekanntlich an der Uhrkette des Ministers abprallte, die

Kleidung durchlöchernd und später im Weizenfutter gefunden
wurde, trug Erzberger durch einen weiteren Schuß eine
leichte Verletzung der Kopfhaare davon. Merkmaligste
war der Hut des Ministers mehrfach durchlöchernd. Die Er-
mittlungen ergaben, daß dieser Schuß nach dem Kopf des
Ministers gerichtet war, durch die dicke Fensterkante des
Autos ging und den Schädel Erzbergers getroffen hatte. Die
umherliegenden Glassplitter der zerstoßenen Fensterkante
haben dann den Hut durchlöchernd. Hätte Erzberger nach dem
ersten Schuß sich nicht unwillkürlich nach vorn gebeugt,
hätte die zweite Kugel tödlich sein müssen. Eine am Mit-
woch vorgenommene Untersuchung ergab, daß Schwellung
und Schmerzhaftigkeit der Schusswunde noch wenig ver-
ändert sind. Eine Infektion ist nicht eingetreten. Tem-
peratur normal; Puls 120. Der Patient ist erschöpft und
sehr schonungsbedürftig; doch besteht keine unmittelbare
Lebensgefahr. — Entgegen einer Nachricht der Kölnischen
Volkszeitung, wonach das Allgmeine Befinden Erzbergers zur-
zeit gut sei und von einer Lebensgefahr keine Rede sein könne,
meldet die Rheinische Zeitung, daß das Befinden Erzbergers
leider ernsthafter sei, als es nach den ersten Mitteilungen
der Ärzte geschehen habe. Der Schuß habe das Schulter-
blatt zersplittert. Die Knochensplitter ließen sich wegen der
Blutergussung nicht entfernen, und so sei zu befürchten,
daß sich an jedem einzelnen Splitter ein Eiterherd bilde.

Zur Lage im Ruhrgebiet erklärte der Reichs-
kommissar Severing dem Vertreter der Bochumer Zei-
tung in Münster, durch die Stellungnahme der vier Berg-
arbeiterverbände, die einmütig die Einführung der Sechsstun-
denschicht vor ihrer internationalen Regelung ablehnten,
sei die Gefahr eines allgemeinen Streiks leichtigt,
ausgeschlossen sei jedoch nicht, daß Syndikalistinnen und Kom-
munisten trotzdem Versuche auf Erzwungung der Sechstun-
denschicht unternehmen würden. Demgegenüber erklärte
Severing, wird fest zugepaßt werden, mit Streikenden wird
nicht verhandelt. Alle Streikenden gelten als entlassen,
Schutz vor Maßregelungen wird die Regierung in diesem
Falle nicht gewähren. Es sind alle Vorbereitungen ge-
troffen, um durch Bereitstellung ausreichender Nachmittags-
eventueller Unruhe zu werden. Angesichts der Ruhe
und Besonnenheit des größten Teiles der Bergarbeiter
glaube ich jedoch nicht, daß Polizeibehörden in Tätigkeit zu
treten brauchen. — Der Reichskommissar Severing wendet
sich in einem neuen Aufruf an die Bergarbeiter, in dem
er zunächst einen Überblick über die durch den Kohlen-
mangel hervorgerufenen Notlage im Reich gibt, und unter
Hinweis auf die Beschlüsse der Gewerkschaften, die Frage der
Sechstundenschicht international zu regeln, erklärt, daß die
Regierung mit unumschriebener Strenge gegen alle Vor-
gehen werde, die trotz der Notlage des Volkes die Kohlen-
förderung zu unterbinden drohen. Er warnt die Berg-
arbeiter vor jedem Versuch, die Einführung der Sechstun-
denschicht zu erzwingen. Ein Streik sei von vornherein aus-
sichtslos, da mit Teilnehmern an einem wilden Streik nicht
verhandelt werde, und die den Bergarbeitern erworbenen
Rechte, wie die auf Urlaub, verloren gingen. Pössler des
Streiks würde mit Aussperrung bestraft. Eine er-
zwungene Ausfahrt nach sechsstündiger Schicht, die so ge-
nannte „direkte Aktion“, habe für die Arbeiter sofortige
Verhaftung und schwere Strafe zur Folge. Ein Ein-
fahren werde nur denjenigen wieder gestattet, die sich zur
Leistung der siebenstündigen Schicht bereit erklärten. Die
Regierung schütze die Urheber wilder Streikbewegungen nicht
mehr vor Maßregelung. Sie werde im Gegenteil in der
schärfsten Weise gegen diese Störenfriede vorgehen.

Partei-politisches.

Aus der Sozialdemokratischen Partei.
Der Parteivorstand und der Parteiausschuß der sozialde-
mokratischen Partei hielten unter Hinzuziehung der Redak-
teure der sozialistischen Presse eine stark besuchte Sitzung ab,
an der auch Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Bauer und
Reichsminister Müller, Roose, Schmidt und David teil-
nahmen. Der Parteivorsitzende Wels berichtete über die poli-
tische Gesamtlage. Er schilderte die Unmöglichkeit, mit den
unabhängigen zu einer Verständigung zu kommen. Reichskanzler Bauer erklärte, daß die Regierung zum Schutze
des deutschen Wirtschaftslebens gegen Gewalt nötigenfalls
auch vor der Anwendung von Gewaltmitteln nicht zurück-
schrecken werde. Der Reichswirtschaftsminister sprach die
gegenwärtige wirtschaftliche Lage, die er trotz alledem nicht
zu schwarz sieht, sprach sich aber gegen die Aufhebung
der Zwangswirtschaft aus. Die Aussprache gipfelte
in der Feststellung, daß die überwiegende Mehrheit der
Partei die Haltung der Regierung billigt, namentlich ihr
scharfes Vorgehen gegen alle Putschversuche, und daß
sich die Parteigenossen hinter die Regierung stellen.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 28. Januar 1920.

Die heutige Sitzung der preussischen Landesversamm-
lung begann mit der Abstimmung über die Anträge betr.
die Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln, Zucker
und die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker. Un-
genommen wird ein Antrag, wonach für die landwirtschaft-
lichen Erzeugnisse, für die die Zwangswirtschaft bestehen
bleibt, schon jetzt Preise für die nächste Ernte festgesetzt
werden sollen und zwar in solcher Höhe, daß sie der Gefahr
eines Rückganges der Erzeugung entgegenwirken und daß den
Landwirten für einen ausreichenden Kartoffelanbau reichend
Sanktionsmittel gelassen werden. Die übrigen Anträge, die
sich mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigen, werden
an den landwirtschaftlichen Ausschuss überwiesen, der An-
trag auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker mit
Beginn des nächsten Wirtschaftsjahres in namentlicher Ab-
stimmung mit 181 gegen 102 Stimmen ebenfalls.

Dann folgt die Beratung eines Antrages auf Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der landwirtschaftlichen und rein gewerkschaftlichen Zwecken dienenden Hausangestellten bei der Schaffung eines Hausangestelltenrechtes und eines Antrages auf reichsgerichtliche Regelung der Landarbeiterverhältnisse. Der landwirtschaftliche Ausschuss, dem beide Anträge vorlagen, beantragt eine Entscheidung, wonach die Staatsregierung bei der Reichsregierung die tunlichst beschleunigte Vorlegung eines Gesetzes über die Bildung von Arbeitsgerichten mit besonderen Abteilungen für Land- und Forstwirtschaft an die Nationalversammlung betreiben soll. Im übrigen empfiehlt der Ausschuss die Annahme auch der beiden ersten genannten Anträge. Die Demokraten wollen den Ausschussantrag durch folgende Fassung ersetzen: „Die Regierung zu erziehen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Deutschen Nationalversammlung möglichst bald die vom Reichsanwalt angekündigten Gesetzentwürfe zur Regelung des allgemeinen Arbeitsrechtes und zur Regelung der Schlichtungsbarkeit bei allen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Streitfragen zur Beschlußfassung vorgelegt werden.“ Der Antrag wird angenommen.

Bei der folgenden Beratung von Anträgen über die Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten treten die Frauen in der Landesversammlung zum Teil für verkürzte, höchstens neunstündige Arbeitszeit ein, während von anderen Rednerinnen wegen der Eigenartigkeit des Hausdienstes von einer Abgrenzung der Arbeitszeit abgeraten und an eine mehr individuelle Lösung der Frage der Arbeitszeit gedacht wird. Die Ausbeutung der Diensthöfen durch die Arbeitgeber und umgekehrt die Ausbeutung der Arbeitgeber durch die Diensthöfen müsse schleunigst durch gesetzliche Regelung verhindert werden.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Frankreich.

Ein Kohlendiktator. Nach dem Wortlaut einer Bestimmung vom 23. Januar 1920 wurde im Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Dienststelle errichtet, die sich mit allem, was die Einfuhr, Verteilung und den Transport von Kohlen betrifft, beschäftigt. Dem Direktor dieses Kohlendienstes wird auch das Nationalbüro für Kohle unterstellt werden.

Millerand schon regierungsmüde? Die Presseinformation meldet aus Paris: Es wird berichtet, daß Millerand Mitte Februar als Ministerpräsident zurücktrete und auf seinen früheren Posten in Straßburg zurückkehren werde.

Die Handelsbilanz. Nach der Statistik hat Frankreich in den elf ersten Monaten des Jahres 1919 eingeführt für 25 336 978 000 Franken, ausgeführt in derselben Zeit für 6 223 548 000 Franken. Das bedeutet einen Handelsüberschuss in der Handelsbilanz von 20 Milliarden Franken. Eingeführt wurden in dieser Zeit für 7,5 Milliarden Lebensmittel gegen 4900 Millionen im Vorjahre.

Italien.

Die Eisenbahner stehen zu einem großen Teile seit einiger Zeit im Streik. Der Generalstreik hat sich nicht durchführen lassen. An verschiedenen Stellen kam es zu Schieberereien auf Züge oder pflichtgetreue Beamte oder zu Schotage. Nach dem Corriere della Sera haben die Eisenbahner ein Schlichtungsgericht abgelehnt. Der Corriere meldet aus Rom, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahner und der Regierung einen günstigen Verlauf nehmen. Die Auszahlung der Löhne für die Streikzüge wird von der Regierung abgelehnt, ebenso will der Transportminister die Freiwilligen beibehalten, deren Entfernung die Streikenden verlangten.

Ungarn.

Wahlrecht der Monarchie. Nach dem allgemeinen Wahlrecht mit Wahlpflicht wurden am Sonntag und Montag in Ungarn die Neuwahlen zur Nationalversammlung vollzogen. Sie brachten den die Republik oder Rätediktatur vertretenden Sozialisten und Kommunisten eine so ungeheure Niederlage, daß man von einer Volkswahl für die Monarchie sprechen kann. Die Christlich-nationalen mit 47 und die ihnen nahestehende Bauernpartei mit 37 Stimmen, denen nur 4 Demokraten und 2 Parteilose (nach dem ersten vorliegenden Ergebnis, an dem aber noch 60 fehlen) gegenüberstehen, haben einen entscheidenden Sieg errungen. Dieser Umstand, daß in der Hand der breiten Massen die Entscheidung lag, gibt dem Ausgang der Wahlen erhöhte Bedeutung als Gradmesser der tatsächlichen Zustimmung des Volkes, das dem Radikalismus vollständig abgewandert hat. Der Wahlausfall in Budapest selbst ist der beste Beweis dafür. Nicht weniger als 13 Parteien mit 117 Kandidaten ranzen um die 22 Mandate, welche die Hauptstadt zu vergeben hatte. Bisher gab es in Budapest 190 000 Reichstagswähler, diesmal schritten 480 000 Wähler an die Urne. Wenn die christlich-nationale Bewegung von diesen 22 Stimmen auf den ersten Anheb weit über die Hälfte eroberte, so bedeutet dies angesichts der großen Masse jüdischer Wähler in Budapest einen glänzenden Sieg der Erneuerungsideen, als deren Hauptträger Ministerpräsident Süsser und Kriegsminister Stefan Friedrich gelten dürfen. Der geschlagene Miksa Friedrich, Dr. Alexander Bekerele, war im vierten Bezirk der Hauptstadt aufgestellt, und zwar als Kandidat der aus der ehemaligen Tisza-Partei (Nationalen Arbeitspartei) hervorgegangenen sogenannten Mittelpartei. Der glänzende Erfolg, den die christlich-nationale Richtung an ihre Fahnen geheftet, verbürgt auch den Sieg jener Bestrebungen, welche Ungarn wieder die monarchische Staatsform zurückgeben wollen.

England.

Aufenthaltsverbot. Die indische Regierung verbietet feindlichen Ausländern den Aufenthalt in Indien auf die Dauer von fünf Jahren vom Tage der Einstellung der Feindseligkeiten an.

Wohnungsnot und Kohlenversorgung.

Nachdem nunmehr durch die vom Reichsrat beschlossenen Bestimmungen über die Gewährung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen Klarheit darüber geschaffen worden ist, in welcher Weise in diesem Jahre die Unterstützung der Neubautätigkeit durch öffentliche Mittel erfolgen soll, können in umfassender Weise Vorbereitungen getroffen werden, um durch Errichtung von Kleinwohnungs- und Siedelungsbauten der herrschenden Wohnungsnot entgegenzuwirken. Für diese Vorbereitungen gibt ein neuer Erlass des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt bemerkenswerte Hinweise. Zur Frage der Baustoffbeschaffung wird ausgeführt, daß gebrauchte Ziegelsteine vorläufig wegen des Kohlenmangels im erforderlichen Umfang nicht zur Verfügung stehen werden. Da auch Holz nur in begrenzten Mengen verfügbar ist, kommt für alle ländlichen und vorstädtischen Siedlungen vor allem der Lehm in Betracht. Gemeinden, Siedelungsgesellschaften und Bauvereinigungen sowie sonstige Bauherren sollten daher bei der

Vorbereitung ihrer Bauten vor allem auf Lehm, seinen Bedarf nehmen, die ohne Kohlen herzustellen sind oder nur wenig Kohlen zu ihrer Herstellung benötigen. Derartige geformte Bauteile wurden von Reich und Staat in entgegenkommender Weise durch Gewährung von Geldmitteln unterstützt werden. Unter den Naturbauteilen hat das Lehmverfahren entschieden Vorteile bewiesen. Wegen seiner Einfachheit und wegen der Möglichkeit, auch ungeschulte Kräfte, ja wenn es sich um die Schaffung des eigenen Heimes handelt, auch Familienangehörige des Zieglers zum Bau heranzuziehen, verdient es besondere Beachtung. Gleichzeitig mit diesem Erlass hat der Minister für Volkswohlfahrt ein Merkblatt über die Lehmherstellung herausgegeben, in dem die bewährtesten Verfahren beschrieben und Einzelheiten der Ausführung durch beigefügte Abbildungen erläutert werden. Durch diese Veröffentlichungen werden die in letzter Zeit von interessierter Seite mehrfach verbreiteten Mitteilungen über Mißerfolge der Lehmherstellung widerlegt. Wenn darin behauptet wird, daß die vielfachen Versuche mit Erdaustoffen, insbesondere der Lehmherstellung, keine befriedigenden Ergebnisse erzielt hätten, daß vielfach Kapital und Arbeit nutzlos verschleudert worden sei, und daß man deshalb Lehmherstellung sogar eine allgemeine Warnung gegen die Lehmherstellung erwidern, so ist demgegenüber auf die Ausführungen des genannten Erlasses hinzuweisen, in dem gesagt wird, daß alle gegen die Lehmherstellung geäußerten Bedenken und landläufigen Vorurteile unbegründet seien. Wenn in einzelnen Fällen Mißerfolge erzielt worden sind, so sind diese in der anspruchsvollen Ausführung der Lehmherstellung begründet. Das Merkblatt betont ausdrücklich, daß die Ausführung stets von sachkundiger Hand erfolgen muß, und warnt dringend vor unbedachten Versuchen Unversierter. Werden diese Anweisungen im einzelnen berücksichtigt, so kann mit einem sicheren Erfolge der Lehmherstellung gerechnet werden.

Der Plan der Reichsfinanzverwaltung, die bestehende Kohlensteuer sehr beträchtlich zu erhöhen, wird tatsächlich an den zuständigen Stellen weiter bearbeitet. Wie wir erfahren, ist beabsichtigt, für das Ziegelgewerbe gewisse Erleichterungen zuzugestehen, um den Wohnungsbau nicht noch mehr zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Bei der praktischen Erörterung der Einzelheiten treten Zweifel auf, ob es richtig ist, für das ganze Ziegelgewerbe ohne Unterschied des Verwendungszweckes der hergestellten Ziegel Ausnahmen zuzulassen, und ob das nicht begünstigt erscheinende Verbringen anderer Gewerbezweige und die Möglichkeit der Verschlebung der durch die Steuerermäßigung verbilligten Kohle zur Folge haben würde. Es wird darum auch der Gedanke erwogen, ob es nicht richtiger sei, von Ausnahmen für das Ziegelgewerbe ganz abzusehen und den Herstellern von Kleinwohnungen die für die diese Zwecke verbrauchten Ziegel bezahlte Kohlensteuer zurückzubehalten.

Kirche und Schule.

Beziehung der Wahlen zu den Elternbeiräten. In der Preussischen Landesversammlung haben die Abgeordneten und Deputierten namens der demokratischen Fraktion den Antrag eingebracht, den Kultusminister zu ersuchen, seinen Erlass über die Vornahme der Wahlen zu den Elternbeiräten dahin abzuändern, daß die Wahlen erst nach dem Ostertermin stattfinden. Der Antrag verlangt eine Verschiebung des Wahltermins mit Rücksicht darauf, daß zu Ostern wesentliche Veränderungen im Schülerbestand eintreten, und daß infolgedessen auch die Elternbeiräte in ihrer Zusammenlegung erheblichen Veränderungen unterworfen sein würden. Denn nach der Verordnung können nur Eltern von die Schule besuchenden Kindern in den Elternbeirat gewählt werden. Insbesondere würde bei der Vornahme der Wahlen jetzt die mit Ostern eintretende schulorganisatorische Veränderung der Einführung der Einheitschule (erste Stufe) gar keine Berücksichtigung finden. Es würden die Eltern dieser Kinder vorläufig jeder Vertretung im Elternbeirat entbehren müssen. Dringend bedürfen auch die in vielen Elternkreisen noch bestehenden Unklarheiten über die Funktionen der Elternbeiräte einer Aufklärung. So wird vielfach angenommen, daß die Elternbeiräte irgendeine Einwirkung auf die Schulformen (konfessionelle Gestaltung usw.) vorzunehmen hätten, während das durchaus nicht der Fall ist. Sie haben lediglich als ihre Aufgabe zu betrachten ein erhöhtes und geregeltes Zusammenwirken von Schule und Haus bei bestimmten Erziehungsfragen.

Land- und Forstwirtschaft.

Abbau der Zwangswirtschaft. Der im Bericht über die Sitzung der preussischen Landesversammlung am 27. Januar erwähnte demokratische Antrag lautet wörtlich: Die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, 1. daß, sobald die Ernte 1920 für den Verbrauch zur Verfügung steht, a) landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Getreide und Milch freigegeben werden, 2. daß für diejenigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, für die die Zwangswirtschaft aufrechterhalten wird, schon jetzt, entsprechend den erheblich gestiegenen und dauernd wachsenden Erzeugungskosten, die Preise für die nächste Ernte festgestellt werden, welche dem Erzeuger mindestens zu bewilligen sind, um dadurch im Interesse der Volksernährung der sonst bestehenden Gefahr eines erheblichen Mangels der Erzeugung entgegenzuwirken, 3. daß den Landwirten für einen ausgedehnten Kartoffelbau Saatkartoffeln in hinreichendem Maße belassen werden.

Industrie, Handel und Gewerbe.

Ein wertvolles Lehrlingsgeheim. Der im Bericht über die Sitzung der preussischen Landesversammlung am 27. Januar erwähnte demokratische Antrag lautet wörtlich: Die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, 1. daß, sobald die Ernte 1920 für den Verbrauch zur Verfügung steht, a) landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Getreide und Milch freigegeben werden, 2. daß für diejenigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, für die die Zwangswirtschaft aufrechterhalten wird, schon jetzt, entsprechend den erheblich gestiegenen und dauernd wachsenden Erzeugungskosten, die Preise für die nächste Ernte festgestellt werden, welche dem Erzeuger mindestens zu bewilligen sind, um dadurch im Interesse der Volksernährung der sonst bestehenden Gefahr eines erheblichen Mangels der Erzeugung entgegenzuwirken, 3. daß den Landwirten für einen ausgedehnten Kartoffelbau Saatkartoffeln in hinreichendem Maße belassen werden.

Vermischte Nachrichten.

Thyphus und Pest. Der Times wird aus Bagdad gedruckt, daß Polen und damit ganz Europa von ansteckenden Krankheiten bedroht werden, die sich von Osten nach Westen ausbreiten. In Ostgalizien herrscht der Thyphus, der in Krakau epidemischen Charakter angenommen hat. In einzelnen galizischen Ortschaften sind Pestfälle festgestellt worden. Typhusfälle sind in der Zeit vom 18. März bis zum 18. September 1919 1 360 000 festgestellt worden, die sich in den letzten Monaten des Jahres 1919 um 50 Prozent gesteigert haben. Die tageshellen Blätter melden aus Warschau-Ostern, daß in dem polnischen Gebiet von Tscherniälle von Pestepidemie vorgekommen sind. Im

Regierungsbezirk Arnberg sind schwarze Pesten ausgebrochen, die trotz behördlicher Gegenmaßnahmen hochgradigen Umfang annehmen. In der Ortschaft Reichen-Hausen sind bislang vierzig Fälle vorgekommen, von denen mehrere bereits tödlich verlaufen sind. Volksschulen und Gymnasien sind geschlossen, Versammlungen und Festlichkeiten verboten. Auch nach Oberschlesien ist die Pest eingeschleppt worden.

Großer Museumsraub in Wien. In der Nacht zum Samstag wurde im Wiener Kunsthistorischen Museum von einem unbekannten Dieb, der eingeschlichen war, ein großer Diebstahl verübt. Er hat im Goldenen Saal mehrere Räumlichkeiten erbrochen und die goldenen mit Brillanten besetzten Marquise des Kaisers Franz und des Herzogs Karl Alexander von Lothringen, 86 Gemälden aus dem 18. Jahrhundert sowie elfenbeinerne Schnitzereien und Hächer gestohlen. Die Werte repräsentieren mehrere Millionen Kronen.

Vom Büchertisch.

Eine Zeitschrift für Heimatkunde. Es scheint von jetzt an im Verlage der Krabben'schen Buchdruckerei G. m. b. H. in Coblenz. Ihre Aufgabe ist es, die Liebe zur Heimat, die Kenntnis ihrer Geschichte zu pflegen. Sie widmet ihre Arbeit der Stadt Coblenz und Umgebung, zu der ja auch das Nahtal gehört. Die Zeitschrift erscheint monatlich einmal und kostet je Heft 1 Mark, oder vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld).

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Eisenbahndiebstahl und ihre Bekämpfung. Die Erfolge der Bekämpfung der Eisenbahndiebstahl sind in der letzten Zeit sehr beachtlich. In der letzten Zeit sind in der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. im Jahre 1918 die Verluste auf 135 000 000 Mark erreicht und werden diesen Betrag noch dem Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr voranschlägt noch um 25 Millionen übersteigen. Dieser Verlust entfällt zum erheblichen Teil auf Eisenbahndiebstahl. Wie die Eisenbahndiebstahl haben der gewerbsmäßige Schleichhandel, das Schieberum und die damit zusammenhängenden Verhältnisse einen Umfang angenommen, der sofortige und einschneidende Eingreifen aller Beteiligten gebietet. Zur Bekämpfung dieser Missetaten wurden durch die Eisenbahndirektion Frankfurt auf den Bahnhöfen in, Bebra, Völs, Frankfurt a. M., Gießen, Hanau-Est und Limburg besondere örtliche Überwachungsstellen eingerichtet, denen die örtliche Bekämpfung der Diebstahl, des Schleichhandels usw., sowie die Leitung des örtlichen Wachdienstes obliegt. Insbesondere Diebstahlschüsse, aus Beamten und Arbeitern zusammengefasst, haben sich der Bekämpfung der Diebstahl, der Schieber- und Schleichhandels zu widmen. Hervorragende Erfolge sind zu verzeichnen. Die Eisenbahndirektion setzt für die Bekämpfung der Diebstahl und Schieberum Belohnungen bis zu 2000 Mark für jeden Beteiligten aus, die sich an den genannten Vergehen beteiligen, werden nicht nur straflos entlassen, sondern auch aus dem Eisenbahndienst entlassen und niemals wieder eingestellt.

Idstein, 29. Jan. In den oberen Räumen des nördlichen Schlossflügels, dessen Ausbau seiner Vollendung entgegen ging und der demnächst in Benutzung genommen werden sollte, brach am 28. Jan. gegen 10 Uhr auf bisher noch unaufgeklärte Weise Feuer aus, das sich bald auf den ganzen hohen Dachstuhl ausbreitete. Die freiwillige Feuerwehr von Idstein, unterstützt durch französische Truppen, griff den Brandherd mit drei Schlauchlinien an, was mit großen Schwierigkeiten verknüpft war. Als sich das Feuer infolge des einfallenden Windes auch auf den Mittelbau ausbreiten drohte, befahl der französische Kommandant automobilschleife in Wiesbaden anzufragen. Jedoch zur Nachtzeit der Fernsprechkommunikation ruht, so traf ein automobilschleife Spritze mit voller Besatzung erst um 12 Uhr 45 Min. am Schlosse ein. Hier war die Gefahr auf eine Weiterverbreitung des Feuers auf den Mittelbau herab zu beschränken, da das Feuer sich nach den tiefer gelegenen Räumen des nördlichen Flügels fortzupflanzen. Deshalb und weil der Druck der Wasserleitung infolge der langen Schlauchleitungen bei der hohen Lage des Schlosses erheblich geschwächt war, weil außerdem auch die Wasserreserven zur Neige gingen, wurde die Automobilspritze am Bache aufgestellt. Gegen 7 Uhr morgens konnte der Brand als gelöscht betrachtet werden. Die Aufklärung und Beseitigung der Brandstelle, wobei auch französische Schützen mitwirkten, nahm nach den ganzen folgenden Tag in Anspruch. Mittelbau sowie der südliche Flügel des Schlosses sind vom Feuer verschont geblieben; vom nördlichen Flügel ist das ganze Dachgeschoss und ein Teil des 3. Stockwerkes vom Feuer vernichtet worden. Die Säle mit der schönen aus dem 16. Jahrhundert stammenden Deckmalerei blieben erhalten.

Weglar, 29. Jan. Aus den Betrieben der Buderschen Eisenwerke wurden in den letzten drei Monaten für 150 000 Mark Freibriemen geschmitten.

Frankfurt a. M., 27. Jan. Unter dem dringenden Verdacht, im Freistaat Oldenburg einen Doppelraub verübt zu haben, wurde von der hiesigen Kriminalpolizei der hier in der Ballstraße wohnende 21-jährige Weglar Johann Rupp aus Godelau verhaftet. Im Besitz Rupp fand man noch blutbefleckte Kleider. Den Anzug, den er während seines Aufenthalts in Oldenburg getragen hat, wollte der Rupp für einen Reinigungsgeschäft der Jagdgasse abgegeben haben, doch wies sich diese Angabe bereits als unwahr. — Bei einem hiesigen Althändler führte die Polizei drei Wochens an die vor kurzem aus dem Schloss zu Cutin gestohlen und von den bisher nicht ermittelten Dieben über Aulstraße und Heideberg nach Frankfurt verschoben waren. Die Wochens stellen einen Wert von 200 000 Mark dar. — Vier Einbrecher mit reichem Einbruchsmaterial und Handgranaten ausgerüstet, wurden nachts in der Nacht in das Hippodrom einzudringen. Wurde dabei von Polizisten überrascht und verhaftet. — In der Dominikanergasse gab ein Kriminalbeamter auf einen Nachtgänger Verbrecher, Joh. Jos. Chardt einen Schuss ab, der jedoch nicht traf. Der Flüchtige griff darauf nach seinem Revolver zu den Beamten riederzuschlagen. In diesem Augenblick wurde er von einem anderen Kriminalbeamten, der zufällig durch die Nebengasse ging und die Lage sofort überblickte, niedergeschossen und sehr schwer verletzt.

Frankfurt a. M., 29. Jan. Eine von 3000 Eisenbahnern der Werkstätten Frankfurt und Nied besuchte Versammlung nahm Stellung zu der Schließung der Werkstätten und zu der

Wiederanstellungsbedingungen der Verwaltung. Sie beschloß, die Entscheidung des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerbundes in Berlin einzuholen, ob die Arbeiter die Arbeit zu den von der Verwaltung gestellten Bedingungen aufnehmen sollen oder nicht. Die endgültige Entscheidung fällt am Freitag.

!!: **Frankfurt a. M.**, 29. Jan. Der eines Doppelmordes in Oldenburg beschuldigte 21-jährige Wegwerfische Johann Rupp aus Godeffau hat der hiesigen Kriminalpolizei, die ihn hier auf Ersuchen der Oldenburger Staatsanwaltschaft festgenommen hatte, nach anfänglich hartnäckigem Leugnen, ein umfassendes Geständnis abgelegt. Der Koffer des Raubwunders wurde bei einem Gastwirt in Sachsenhausen vorgefunden. Er enthielt außer anderen schwer beschaffenen Beiwaffen auch den blutdurchtränkten Anzug, den der Mörder während seiner Tat trug. Rupp hat den Raubmord an einem Kolonialwarenpaar in der Nähe von Oldenburg, bei dem er häufig verkehrte, ausgeführt.

!!: **Bad Homburg v. d. H.**, 29. Jan. Das neue Glaspflichtgesetz hat dem Homburger Aurbetrieb einen schweren, fast tödlichen Streich versetzt. Die meisten Gläser, die die Stadt im letzten Jahre sah, waren aus dem Glaspflichtwillen hier, das vom „Internationalen Kasino“ offiziell gepflegt wurde. Im Kurhause wurde seit Jahr und Tag gespielt, Millionen wurden verdient und verloren, gewaltige Summen verbrachte das „Internationale Kasino“ als Unternehmer dabei, auch in die Stadt, die Vereine und Wohltätigkeitsanstalten flossen davon reiche Gelder. Nur die Aktiengesellschaft, die Pächterin des Bades, hatte es derabgesehen, sich von dem Reingewinn einen Anteil zu sichern. Jetzt steht sie, da das Spielgesetz das Heer der Glaspflichter verjagt hat, vor einer schweren Krise, so schwer, wie sie Homburg bisher nicht durchlebte. Denn der Kurbetrieb als solcher ist nicht in der Lage bei der Ungunst der Verkehrs-, Kohlen- und Ernährungszustände die A.-G. und die von ihm abhängigen Geschäfte noch über Wasser zu halten.

Aus dem Unterlahnkreis.
!!: **Die Kreisbauernschaft** hält am Samstag in Lauenburg, Gasthaus Biegel, mittags 1.30 Uhr eine Versammlung ab, die sich mit einer Anzahl wichtiger Fragen zu beschäftigen haben wird.

!!: **Die Kreisstadtwahlen** haben die Sozialdemokratische Partei veranlaßt, mehrere Versammlungen abzuhalten, so in Schenkenhausen, Bremberg und Nagenelbogen. In Nagenelbogen kam es dabei zu einem scharfen Zusammenstoß mit den Vertretern der Bauernschaft. Nach den uns vorliegenden Berichten war der Redner in Nagenelbogen, Parteisekretär Hein aus Limburg, in ausführlichem Referat besonders befaßt, die Fragen zu beantworten: „Wer trägt die Schuld an dem hinter uns liegenden Kriege? und wie sind wir zu einem solchen Frieden gekommen?“ Namentlich wurden die Mängel der alten Regierung und der unter ihr wirkenden Justiz, Schule u. dergl. beleuchtet und andererseits die Arbeit der sozialdemokratischen Partei hervorgehoben. Die Diskussion, an der sich bekannte Führer der Bauernschaft beteiligten, bewies, daß man nicht allseitig mit den Ausführungen übereinstimmte; denn nachdem eine kurze Auseinandersetzung versucht wurde bezüglich eines Eingekandis, riefen die Geister so heftig aufeinander, daß Sekretär Hein von Wahrung des Hausrechts sprach. Obgleich ein Teil der Besucher durch den Aufruhr, „Kreisstadtwahl“ dies Thema noch eingehender zu behandeln wünschte, erhielt der Referent das Schlusswort, womit nach Anschauung vieler Besucher der Zweck der Versammlung verfehlt war. Der Versammlungsleiter, der bekannte Diezer Sozialdemokrat Berchel, schloß die Versammlung mit der Ankündigung, daß die sozialdemokratische Partei noch öfters in Nagenelbogen Versammlungen zu veranstalten gedanke, und forderte zur Unterstützung der sozialdemokratischen Wahlvorschlüge auf.

!!: **Gahnstätten**, 27. Jan. Der hiesige Männergesangsverein veranstaltet am 15. Februar in der Turnhalle ein Konzert. Außer Theaterstücken bringt der Verein einige schwere Chöre und Volkslieder zu Gehör. Da der Verein in der weiten und näheren Umgebung bekannt ist und über ein gutes Stimmenmaterial verfügt, so ist der Besuch jedem Freund und Gönner des Gesanges sehr zu empfehlen.

Eingekandt.

Kreisstadtwahl im Bezirk D. In einem früheren Eingekandt wird der Wahlvorschlag Urner mit allen Mängeln schmählich gemacht. Dieser Artikel hält der Sozialdemokratischen Partei vor, daß sie nur parteipolitische Politik betreibe. Dem ist ganz anders. Da im Kreisstadtwahl die Wirtschaft und Steuerpolitik in der Hauptsache behandelt werden, wird die Sozialdemokratie ihr Augenmerk darauf richten, daß dem Verbraucher und wirtschaftlich Schwachen mit guter die Arme gegriffen wird. Was bedeutet nun der erste Kandidat der Liste Urner zu vollbringen? Will er die Hotel- und Fabrikbesitzer, die bisher die Kreisstadtwahl stark beherrscht haben, ersetzen? Bei dieser Wahl haben nur Berechtigung, aufgestellt zu werden, die Kandidaten der Verbraucher und der landwirtschaftlichen Produzenten. Beide Interessenten-Gruppen vertritt der Wahlvorschlag Stor.

Zur Kreisstadtwahl im Bezirk D. Viel Geschrei und wenig Wille, so könnte man auf das gemeinsame Eingekandt der Bauernschaft und Sozialdemokratie ausrufen. Mit dem besten Willen kann man nämlich nichts Positives daraus lesen, allenfalls, daß kein Wähler bei der Aufstellung der Kandidaten befragt wurde, obwohl dieses doch in der Versammlung in Schenkenhausen als Grundbedingung aufgestellt worden ist. Nun zur Kandidatur selbst. Was von der Sozialdemokratie selbst zu halten ist, hat man seit dem 9. November 1918 zur Genüge von der einseitigen Diktatur erfahren. Und was die Bauernschaft angeht, will ich nur einen Punkt hier beleuchten. Ich wohne in einem Dorf, dessen Einwohner sich zu vier Fünfteln aus Vergleuten und Fabrikarbeitern zusammensetzen, mithin das allerwichtigste Ernährungsmittel, die Kartoffel, einführen muß. Nun haben wir von den benötigten 600 Zentner seit September v. J., wo der Anfang des Einkaufs gemacht wurde, sage und schreie 53 Zentner bekommen. Überall sind keine zu haben und doch konnte man gerade aus dem Wahlbezirk D sehen, wie die Kartoffelwagen nach den Städten rollten, jedenfalls zu höheren Preisen als der festgesetzte. Von sonstigen landwirtschaftlichen Lebensmitteln wollen wir ganz schweigen. Unter diesen Umständen regnen wir die einseitige Interessen- und Klassenpolitik ab und wählen Männer in den Kreisstadtwahl, die einmal ein durchgreifendes Wort nach oben sprechen, und diese Männer scheinen uns am besten in der Liste Urner vertreten zu sein. d—f

Aus Ems und Umgegend.

Heimkehr. Aus französischer Kriegsgefangenschaft sind wieder angekommen: Jakob Vogt, Johann Römer, Josef Mees, Theodor Schäfer, Wilhelm Schneider, Rudolf Maus, Emil Belter, Wilhelm Kauth, Anton Krüner. In der letzten Liste muß es ferner heißen Heinrich Supp und Anton Berghem.

Kriegsbeschädigte. Die geplante Versammlung des Zentralverbandes Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener, Ortsgruppe Bad Ems, am Sonntag, den 1. 2., findet nicht statt.

Der Sportverein 09 unternimmt am kommenden Sonntag mit seiner ersten Mannschaft eine Fahrt nach Limburg zum Gesellschaftsspiele gegen die erste Mannschaft des S. F. C. 1919 Limburg. Da Sonntags wieder Jahrtarten ausgeben werden und auch der rote Personalausweis für einen ungehinderten Verkehr ins unbefestigte Deutschland genügt, so können Mitglieder und alle Sportsfreunde an dieser Fahrt teilnehmen; Abfahrt vormittags 11.30 Uhr vom Bahnhof Bad Ems, Rückkehr um 11.03 Uhr nachts.

Geigkonzert. Auf das am morgigen Samstag abends 7 1/2 Uhr, im „Weißen Roß“ stattfindende Konzert des Violinvirtuosen S. Cherny sei hiermit nochmals hingewiesen. Der Künstler hat dieser Tage noch zwei Konzerte in der Laubhain mit gutem Erfolge absolviert. In den uns vorliegenden Rezensionen wird auch der Pianist Otto Schmidt-Braubach wegen guter Technik und feinsinnigem Anpassungsvermögen lobend erwähnt.

!!: **Frucht**, 29. Jan. Aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrt: Friedrich Eich, August Glüh.

Die freie bürgerliche Vereinigung hat ihre Organisation zu einer festen kommunalen Partei vollendet. In einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung berichtete der bisherige Vorsitzende, Hotelbesitzer Ludwig, über die Wahl und die bisherige Tätigkeit der Stadterordneten. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, den jährlichen Mindestbeitrag nach dem Vorbilde anderer Parteien auf 3 Mark festzusetzen, denn ohne Geldmittel wird es der Vereinigung nicht möglich sein, in den zu erwartenden neuen Wahlkampf einzutreten. Bei der anschließenden Wahl wurde gewählt: Hotelbesitzer Schlein zum 1. Vorsitzenden, Hotelbesitzer Ludwig zum 2. Vorsitzenden, Spenglermeister Daniel zum Schriftführer, Kaufmann Schandua zum Kassierer gewählt. Ferner wurden als Beisitzer bestimmt: Gärtner Barth, Installateur Wilhelm, Konditor Weber, Tischler Karl Schuhmacher, Hotelbesitzer Goldschütz und Spenglermeister Vogt. Die von Kassierer Schandua vorgelegte Rechnung wies in der Hauptsache nur Stützungen für den Wahlkampf auf, die dann auch dafür verbraucht worden sind. Die Rechnung wurde geprüft und für richtig befunden. In der freien Aussprache wurden insbesondere das Kurwesen, die Eingartierung und andere Tagesfragen erörtert. Die Ziele der Vereinigung, die sich aus der Verhandlung des ganzen Abends herleiten lassen, sind im großen Ganzen: Positive Arbeit im Stadtparlament unter Ausschaltung parteipolitischer Rücksichten, Förderung des Kurwesens, wirtschaftliche Hebung der Emser Bürgerschaft, insbesondere des gewerblichen Mittelstandes, etwa auf dem Boden einer parteipolitisch neutralen Mittelstandspartei. Die Vereinigung wird jetzt auch mehr an die Öffentlichkeit treten können.

Die Volksabstimmungen im Grenzland sind
Preußen für politische Reife.
Gib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postkonto Berlin 71774
oder auf Deine Bank
Deutscher Schuldbund, Berlin NW 32

Aus Nassau und Umgegend.

!!: **Singhofen**, 29. Jan. Am Sonntag fand im „Gasthaus zur Rose“ (Jahn) eine gut besuchte Versammlung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen statt, zu welcher auch der Vorstand und die Gemeindevertretung, sowie der Geistliche und die Lehrerschaft eingeladen und fast ausnahmslos erschienen waren. Anstelle des erkrankten 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Nassau, Rechtsanwalt Gies, hielt der 2. Vorsitzende Lehrer Müller-Nassau, einen längeren gut entwickelten Vortrag über „Zweck und Ziele des Verbandes“, woraufhin sich nachher außer der schon bestehenden ziemlich großen Zahl noch eine Anzahl als neue Mitglieder von hier und Umgebung anmeldeten. — Bei der Gemeinde-Versammlung im Saale „Zur Alten Post“ zur Beratung der Neuordnung des ärztlichen Dienstes usw. wurden nach vielem Hin und Her, mit großer Mehrheit die vom Herzogverband vorgezeichneten Sätze angenommen. Singhofen zählt seit früher 1000 Mark und freier Wohnung nunmehr 3000 Mark nebst freier Wohnung. Die benachbarten Gemeinden dementsprechend auf den Kopf der Bevölkerung. — Nachdem man vorige Woche unsere neuen Kirchenglocken, schön bekränzt, vom Bahnhof Nassau abgeholt hatte, ist man jetzt eifrig beschäftigt, sie an ihren Bestimmungsort aufzuhängen und zu besetzen. Die Einweihung soll nunmehr am kommenden Sonntag, den 1. Februar stattfinden. Zur Verherrlichung der Feier werden der Evangel. Kirchenchor und der Gesangsverein „Concordia“ im Hauptgottesdienst morgens und bei der Nachfeier mittags in der Kirche mitwirken. Das neue Geläute das von der Firma Hinkel, Sinn bezw. Buderus, Bieglar geliefert wurde, soll die Töne e, g, h (Mollakkord) haben. — Als erster aus französischer Kriegsgefangenschaft ist der Unteroffizier Dr. Fischer glücklich heimgekehrt. Die beiden noch rückständigen Gefangenen Robert Köhler und Heinz Müller haben ihr baldiges Eintreffen vom Liebergangslager Griesheim bereits angekündigt.

!!: **Tienthal**, 29. Jan. Aus französischer Gefangenschaft sind zurückgekehrt: Johann Hausen und Wilhelm Mager von hier. Ebenso positierten unser Dorf bei der Rückkehr ihre Kameraden: Karl Paul, Wilhelm Ray von Sulzbach und Heinrich Schaab von Wiffelberg.

Aus Diez und Umgegend.

Verhaftung. Wegen Doppelmord wurde gestern ein Bewohner unserer Stadt festgenommen.

Jugendsport. Die seit mehreren Wochen beschlossene Gründung einer Jungmannschaft unter Aufsicht an den Sportverein, ist nunmehr Tatsache. Es können sich dieser Bewegung junge, schulentlassene Leute im Alter bis zu 17 Jahren anschließen, die Lust und Liebe zu Sport und besonders zu dem nun wieder zu seinem Recht kommenden Fußballspiele, haben.

Junge Burken, die Freude am Tummeln in frischer Luft haben und sich anschließen wollen, werden gebeten, alle nähere Auskunft bei dem Vorstand des Sportvereins einzuholen.

Das Wintervergnügen des Turn- u. Jechklubs, das seit dem Frieden zum erstenmal am letzten Sonntag wieder stattfinden konnte, war außerordentlich zahlreich besucht und dürfte allgemein Anklang gefunden haben. Eingeleitet wurde es durch eine Ansprache des 1. Vorsitzenden, in der er auf den Wert des deutschen Turnens hinwies in Bezug auf Körper- und Geistespflege. Darauf folgten in der üblichen Weise die turnerischen Vorführungen, die Zeugnis von der regen turnerischen Arbeit aller Abteilungen des Turn- und Jechklubs ablegten. Reckturnen der aktiven Turner, Barrenturnen der Damenabteilung und der Jochlinge, Stabübungen der Jochlinge und Reckturnen der Damenabteilung und Pyramiden an Barren, Leitern und Stangen wechselten miteinander ab und bewiesen durch die erfreuliche Beteiligung von Turnern und Turnerinnen, daß der Verein sich nicht bloß der Zahl nach — er ist seit einem Jahr um über das Dreifache der Mitgliederzahl gewachsen — erfreuliche Fortschritte gemacht hat, sondern daß auch die Arbeit zur Gesundung unserer Jugend und unseres Volkes in steigendem Maße zunimmt. Ein fröhlicher Tanz beendete die Veranstaltung.

Ämtlicher Teil.

Nr. 11. 822. Diez, den 26. Januar 1920.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.

Betr.: Einreichung der Sprunglisten für Bullen, Eber und Ziegenböcke.

Ich erinnere an meine Verfügung vom 9. Januar d. J., Nr. 11 236 — Ämtliches Kreisblatt Nr. 3 —, betr. Einreichung der Sprunglisten für 1919, und erwarte ihre Eedienung nunmehr bestimmt bis zum 12. Februar d. J.

Der Landrat.

J. B.

Schneern.

J.-Nr. B.-M. 1. Diez, den 26. Januar 1920.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 22. Januar 1908, J. B. 38, mache ich die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die Listen über die ausgefertigten grauen Quittungskarten Ende des Kalenderjahres abzuschließen und an die Landesversicherungsanstalt in Cassel zu überreichen sind.

Die Listen über die im Jahre 1919 ausgestellten grauen Quittungskarten sind, sofern dies noch nicht geschehen ist, umgehend nach Cassel einzureichen.

Das Versicherungsamt

J. B.

Zimmermann.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die in der Diezer Zeitung Nr. 16 veröffentlichte Anordnung betreffend Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel wird darauf hingewiesen, daß die strenge Einhaltung dieser Anordnung im Interesse der zahlreichen Wohnungsuchenden liegt. Gegen Verstöße muß daher unmissverständlich vorgegangen werden.

Alle Verfügungsberechtigten, die freiwillig Räume zur Vermietung zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, dies bis spätestens 5. Februar dem Wohnungsamt anzuzeigen.

An dem genannten Tage beginnt die Besichtigung sämtlicher Häuser. Die Besichtigung erfolgt in den Nachmittagsstunden. Es wird dringend gebeten, der Kommission keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, sondern sie in ihrem verantwortungsvollen Amt zu unterstützen.

Diez, den 28. Januar 1920.

Das Städtische Wohnungsamt.

Notgeld der Stadt Diez betr.

Die mit Datum Juni 1917 ausgegebenen Notgeldscheine der Stadt Diez im Werte von 10, 25 und 50 Pf. haben mit dem 31. Dezember 1919 ihre Gültigkeit verloren. Die Scheine werden bis zum 31. März 1920 von der Stadtkasse eingelöst. Nach diesem Tage findet eine Einlösung nicht mehr statt.

Für die eingezogenen Scheine werden neue, in anderer Ausführung mit Datum November 1919, ausgegeben.

Diez, den 20. Januar 1920.

Der Magistrat.

Zahlung der 4. Steuerrate.

Die Steuerpflichtigen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahlung der Steuern und Abgaben für das 4. Steuerjahr (Jan., Febr., März 1920) in der Zeit vom 1. bis 14. Februar zu erfolgen hat.

Diez, den 26. Januar 1920.

Die Stadtkasse.

Kaufe Deutsches Silbergeld zum Reichsbankkurs.

Goldmünzen zum höchsten Tagespreise.

August Mies.

Uhren u. Goldwaren, DIEZ.

Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter u. Hinterbliebener Ortsgruppe Diez und Umgegend.

Sonntag, den 1. Februar, nachm. 2 Uhr fr. Zeit

Monatsversammlung

im Gasthaus Diehl, Marktpl.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.

2. Rechnung über das Vorjahr.

3. Aufnahme neuer Mitglieder.

4. Sonstige Mitteilungen

Der Vorstand.

Diezer Jugend! Treibt Körperpflege!

Schliesst Euch der Jungmannschaft des Sportvereins an! Leichtathletik! Fussball!

Anmeldungen nehmen entgegen sämtliche Vorstandsmitglieder des Diezer Sportvereins.

Deutsche demokratische Partei

Ortsverein Bad Ems.

Öffentl. Versammlung

Samstag, den 31. Januar, 7 1/2 Uhr abends
im Saalbau Flöck, Marktstrasse.

Redner: Rechtsanwalt Dr. von Davidson.

Thema: Die politische u. wirtschaftliche Lage.

Freie Aussprache.

Der Vorstand.

Achtung!

Die Eröffnung des Handwerks-Fortbildungskurses zur Vorbereitung der Meisterprüfung findet nunmehr Dienstag, den 3. Februar, nachmittags 5 Uhr in der Volksschule des unteren Bezirks statt, wozu sich die angemeldeten sowie noch neu hinzutretenden Teilnehmer rechtzeitig einfinden wollen.

Im Auftrage der Handwerkskammer Wiesbaden:
Georg Müller, Schriftmeister, Bad Ems.
Vorstandsmitglied der Kammer.

508]

Häute u. Leder.

Wir sind Käufer sämtlicher Grossviehhäute zu hohen Preisen.
Auch nehmen wir Häute in Lohngerbung und geben auf Wunsch Sohlleder und Rindleder in Tausch.

Heinrich Maurer Söhne,

Gerberei und Ledergrosshandlung.

Gerberei

Wolfenhausen (Oberlahnkreis)

Fernsprecher 3.

Büro u. Verkaufsstelle

Limburg a. L., Parkstr. 21,

Fernsprecher 105.

[104]

Kreistagswahl 1. Februar 1920. Landwirte, Arbeiter, Handwerker u. Bürger! nur die Liste

Schmidt, Karl, Landwirt in Singhofen,

Metz, Heinrich, Landwirt in Schweighausen,

Fischbach, Heinrich, Gastwirt und Schmied in Bergnassau-Scheuern

Fischer, Heinrich, Bürgermeister und Landwirt in Dausenau.

wird Eure Interessen im Kreistag richtig vertreten.

Holl. Süßr-Margarine,
Holl. Gouda-Käse,
Holl. Edamer Käse

empfehlen
P. Diez, Ems. [479]

Zu verkaufen:

- 1 Gastrolenschüler (Kessling),
- 1 Brotbackhangelampe,
- 1 Schwefel- und Kupfer-
Brennapparat,
- 100 lange Bohnenstangen,
- 1 neuer Schweinetrog.

W. Diez, Ems. [506]
Küchenherd.

Drei bis vier Mädchen

für die Küche gesucht [482]
Hotel Stadt Wiesbaden,
Bad Ems

Wohnhaus

in Diez-Frieden
zu kaufen gesucht.
Angebote unter M. 2. 200 an
die Geschäftsstelle. [511]

Gedorrte Pflaumen,
la Macaroni,
Feinsten Weizengries,
Floeken-Tapioka,
Haferfloeken

empfehlen
P. Diez, Ems. [480]

Prima Rosenholz

" Schwarzwurzel
" Wirsing.

Heinrich Umsonst, Ems [519]
Telefon 2

Wasserpumpe

zu kaufen gesucht. Angebot unter
M. 2. 16 a b Ems. Stg.

Ein wachsender

Hofhund

billig zu verkaufen. [517]
Wo, sagt die Geschäftsstelle

Ems

Jüdischer Gottesdienst.

Freitag abends 4,05

Samstag morgen 4,00

Sonntag nachm. 4,20

Sonntag abends 5,05

Arbeiter-Bildungsausschuß

der Sozial-Demokratischen Partei

Diez a. R. und Bad Ems.

Am Samstag, den 31. Jan. 1920 in Diez im „Hof von Holland“

und Sonntag, den 1. Febr. 1920 in Bad Ems im Kurhausaal

veranstaltet der Arbeiter-Bildungsausschuß zum Besten der Krieger-Witwen u. Waisen ein

Wohltätigkeitskonzert

mit anschließendem Ball.

Zu dem Konzert ist unter anderen das berühmte Sängerkvartett aus Diez a. Rh. (18 Herren) gewonnen. Alles Nähere erfolgt durch Plakate.

Liste zum einzeichnen von freiwilligen Beiträgen für den genannten Zweck liegen in beiden Städten auf.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß

Küchenherd

zu kaufen evtl. gegen einige
Gegenstände zu tauschen gesucht.
Angebote unter M. 2. 76 an
die Geschäftsstelle. [505]

2 Läufer Schweine

suchen zum Verkauf. [512]
Näheres Geschäftsstelle.

Leichtes

Dienstmädchen

sucht Frau Paul Schumann,
[09] Diez, Rosenstr. 6.

Kirchliche Nachrichten.

Bad Ems.

Evangelische Kirche

Sonntag, 1. Februar, Septuag.

Bartholomäus.

Vorm. 10 Uhr: Hr. Pfarrer

Ems.

Im Anschluß an den Vormittags-

gottesdienst Christenlehre für die

sozialistischen Mädchen der 4 letzten

Jahrgänge 1918, 1919, 1920

Nachm. 2 1/2 Uhr: Hr. Pfarrer

Ems.

Abendgottesdienst: Hr. Pfarrer

Ems.

Sonntag, 1. Februar, Septuag.

Vorm. 10 Uhr: Predigt

Zeit: Psalm 42, 1-9

Nachm. 2 Uhr: Predigt.

Zeit: Kol. 3, 1-11.

Diez.

Evangelische Kirche

(Neue Zeit).

Sonntag, 1. Februar, Septuag.

Morg. 9 Uhr: Hr. Pfarrer

Abends 5 Uhr: Hr. Pfarrer

Abendgottesdienst: Hr. Pfarrer

Abendgottesdienst: Hr. Pfarrer